

APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Zentralausgabe für Deutschland

Februar 2015

32. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

DEUTSCHLAND	Russisch-Ukrainisches Kirchenleitertreffen in Deutschland.....	2
	PULSEmeet – Europäischer Bildungskongress für Jugendgruppenleiter	2
	„Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“	3
	„Vom Sinn des Erinnerns“ Kirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zum Tod Richard von Weizsäcker	3
	Bundeswehr soll auf Rekrutierung Minderjähriger verzichten.....	4
	Kirchenasyl in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz.....	4
INTERNATIONAL	Philippinischer Theologe neuer Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz	6
	Patriarchen halten am Termin für Panorthodoxes Konzil für 2016 fest.....	6
	Mobile Augenklinik mit Rotkreuz-Freiwilligen an adventistischer Universität in Thailand	7
	Nigeria: Auch Tausende Adventisten vor Boko Haram auf der Flucht.....	8
	Die Bahamas als Schwerpunktland des Weltgebetstags der Frauen.....	9
ENTWICKLUNG	„Stille Katastrophen“	9
	Statt Wasser holen Lesen, Schreiben und Rechnen lernen.....	10
	ADRA Schweiz versorgt Flüchtlinge aus Mali in der Republik Niger	10
	Lebensmittel für Flüchtlingsfrauen mit Kindern in Nigeria	10
	ADRA leistet im Jemen medizinische Grundversorgung für Flüchtlinge	11
KULTUR	Darf man Religionen bewerten? Jahresempfang der EZW in Berlin.....	11
	Hochschul-Computer für Grundschule Grabow.....	12
	Neviant-Preis für Altpräses Peter Strauch.....	12
MEDIEN	17 europäische Reformationsstädte gemeinsam online.....	13
	Eltern regeln Internetnutzung ihrer Kinder, vernachlässigen aber das Handy	13
	Neues Online-Lexikon für Religionspädagogik	13
	Impressum.....	15

DEUTSCHLAND

Russisch-Ukrainisches Kirchenleitertreffen in Deutschland

Wuppertal/APD Hochrangige Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften der Ukraine und Russlands kamen vom 20. bis 22. Januar in Wuppertal zu einem Dialog zusammen. Laut EmK News ging es dabei vorrangig um die Frage, wie und unter welcher Zielsetzung der zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften Russlands und der Ukraine vereinbarte Dialog weiterentwickelt werden könne. Dieser war im September letzten Jahres bei einem Runden Tisch in Oslo/Norwegen begonnen worden. In einer Resolution hatten die bei der Norwegischen Bibelgesellschaft versammelten Vertreter von Christen, Muslimen und Juden aus Russland und der Ukraine betont, dass sie für die vom Ukraine-Konflikt Betroffenen beten und zum Gebet für den Frieden aufrufen. Die seither erfolgten Schritte seien in Wuppertal ausgewertet worden, um ein nächstes größeres Treffen vorzubereiten. Am Rande der Tagung berieten die Teilnehmer auch, wie die Religionsgemeinschaften humanitäre Hilfe anbieten könnten zur Linderung der Not der Bewohner, Vertriebenen und Flüchtlinge im Donbass (Ostukraine). Gastgeber des Treffens war auf Bitte von Eduard Khegay (Moskau), Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Eurasien, die EmK in Deutschland und das Büro der EmK-Weltmission in Wuppertal.

„Dieses Treffen ist ein starkes Hoffnungszeichen“, sagte Rosemarie Wenner, Bischöfin der EmK in Deutschland, die auf Einladung ihres Moskauer Bischofskollegen Eduard Khegay die Dialoggruppe in Wuppertal begrüßte. Es wäre sehr bedeutsam, wenn sich zum Zeitpunkt des Aufflammens der Kämpfe in der Ostukraine „Leitungspersonlichkeiten aus Russland und der Ukraine treffen, um sich über die politischen Unterschiede hinweg zu verständigen, weil sie sich als religiöse Menschen der Versöhnung verpflichtet wissen“. Das Treffen sei eine „wichtige Initiative“, lautete auch das Fazit von Oberkirchenrätin Barbara Rudolph, Leiterin der Ökumene-Abteilung im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland, die ein Grußwort sprach.

Neben den Dialogrunden besuchten die Teilnehmer auch historische Stätten in der Umgebung. So die „Gemarker Kirche“ und die Wuppertaler Synagoge. In der „Gemarker Kirche“ war 1934 die „Barmer Theologische Erklärung“ unterzeichnet worden, mit der sich die Bekennende Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus

von den Deutschen Christen distanzierte, die damals die Evangelischen Landeskirchen im nationalsozialistischen Sinne dominierten. In der Wuppertaler Synagoge ließ sich die Gruppe das Leben der jüdischen Gemeinde in der Geschichte der Stadt erklären. Die mit beiden Orten verbundenen religiösen und machtpolitischen Auseinandersetzungen hätten den Teilnehmern aus Russland und der Ukraine neben dem Blick in die Geschichte auch die Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation in der Ostukraine ermöglicht, so EmK News.

Von ukrainischer Seite nahmen an dem Dialog teil:

- Erzpriester Nikolai Danilevich, Stellvertretender Leiter der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats.
- Erzbischof Evstratij (Zoria), Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchat.
- Viktor Wladimirowitsch Alexeenko, Präsident der Ukrainischen Union der Siebenten-Tags-Adventisten.
- Pastor Valery Stepanowitsch Antonyuk, Präsident der Ukrainischen Union der Evangeliums-Christen Baptisten (UECB).
- Anatolij Raichynets, stellvertretender Generalsekretär der ukrainischen Bibelgesellschaft.

Dialogteilnehmer von russischer Seite waren:

- Konstantin Bendas, Leitender Ältester der Russischen Union der Christen Evangelischen Glaubens.
- Bischof Eduard Khegay, Evangelisch-methodistische Kirche in Eurasien.
- Pastor Pavel Kolesnikov, Vorsitzender des All-Union Bundes Evangelischer Christen.
- Wladimir Wladimirowitsch Samoilov, Leiter des Fachausschusses für die Entwicklung des Konsultativrats der Evangelischen Kirchen von Russland, Evangeliums-Christen Baptisten „Inneres Russland“.

PULSEmeet – Europäischer Bildungskongress für Jugend- gruppenleiter

Schwäbisch Gmünd/APD Vom 4. bis 8. Februar fand der zweite europäische adventistische „PULSEmeet“-Kongress für Jugendgruppenleiter in Schwäbisch Gmünd statt. Etwa 460 in der Jugendarbeit Aktive trafen sich unter dem Thema „Proclaim – Das ewige Evangelium in einer sich ständig wandelnden Welt kommunizieren“ zu Fachvorträgen, Diskussionen und zum Austausch.

Der Kongress hatte das Ziel, eine hochwertige

Ausbildung für Haupt- und Ehrenamtliche in der Jugendarbeit mit professionellen Impulsen und spiritueller Motivation zu bieten. Ebenso bot er eine internationale Plattform, auf der junge Menschen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich, Bulgarien, Tschechien, Frankreich, Italien, Portugal, Rumänien und Spanien reflektieren und diskutieren konnten. Die Jugendlichen sollten in ihrem Potenzial bestärkt werden, um sich in ihren örtlichen Kirchengemeinden helfend und unterstützend einzubringen.

„Indem wir Jesus nachfolgen, möchten wir am Puls der Zeit, der Jugendlichen und der Kirche sein“, teilten Pastor Stephan Sigg und Esther Hanselmann vom Leitungsteam des Kongresses mit. Adventistische Pastoren, Kirchenleiter und Medienschaffende hielten Vorträge und Seminare. Das Themenspektrum reichte von Verkündigung des Evangeliums in einer postmodernen Welt über Weitergabe von Werten bis zum Thema Religionsfreiheit.

Veranstalter war die Jugendabteilung der Intereuropäischen Division, die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa, mit Sitz in Bern.

„Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“

Staatssekretärin Fischbach besucht „Desert Flower Center“ im adventistischen Krankenhaus Waldfriede

Berlin/APD Anlässlich des internationalen Tages „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ am 6. Februar hat die Parlamentarische Staatssekretärin Ingrid Fischbach (CDU) das „Desert Flower Center“ im Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf besucht. Als erste Einrichtung in Deutschland hat sich das Center auf die ganzheitliche Betreuung und Therapie von Frauen und Mädchen spezialisiert, die von weiblicher Genitalverstümmelung und deren Folgen betroffen sind.

Fischbach erklärte laut Mitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit: „Genitalverstümmelungen sind Menschenrechtsverletzungen, die nicht durch kulturelle oder religiöse Traditionen zu rechtfertigen sind. Mädchen und Frauen leiden massiv unter den seelischen und körperlichen Folgen. Das Desert Flower Center Waldfriede bietet Frauen und Mädchen mit einem hochspezialisierten und kompetenten Team Hilfe und Unterstützung.“

Schätzungen zufolge seien in Deutschland rund 30.000

Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. Neben den physischen Leiden würden im „Desert Flower Center Waldfriede“ auch die psychischen Auswirkungen dieser menschenrechtsverletzenden Praktiken behandelt. Hierfür stünden den Frauen und Mädchen Psychologinnen und Psychologen, Seelsorgerinnen und Seelsorger, ein Sozialdienst sowie Selbsthilfegruppen zur Verfügung.

Das „Desert Flower Center Waldfriede“ wurde am 11. September 2013 gegründet. Der Name geht auf das Wirken des ehemaligen Topmodels und der früheren UN-Sonderbotschafterin Waris Dirie zurück, die durch ihre Biografie „Wüstenblume“ (englisch: Desert Flower) und den gleichnamigen Film weit bekannt wurde.

Das seit 1920 in Berlin-Zehlendorf bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 160 Betten. Das Akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin Berlin, umfasst die Bereiche Erste Hilfe, Innere Medizin, Anästhesie/Intensivmedizin/Schmerztherapie, Zentrum für Interdisziplinäre Intensivmedizin, Minimal-invasive Chirurgie, Endokrine- und Viszeralchirurgie, Handchirurgie, obere Extremität und Fußchirurgie, Unfallchirurgie, Zentrum für Darm- und Beckenbodenchirurgie, Interdisziplinäres Beckenbodenzentrum, Gynäkologie und Geburtshilfe, Radiologie/Computertomographie, Physiotherapie sowie das Gesundheitszentrum „PrimaVita“. Weitere Leistungen des Krankenhauses sind Ambulante Psychotherapie, Kurzzeitpflege, Sozialstation, Labormedizin, Medical Check Up und die Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege. Jährlich werden etwa 14.000 Patienten stationär und 47.000 ambulant behandelt.

„Waldfriede“ ist unter anderem Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, im Verband Evangelischer Krankenhäuser und stationärer Einrichtungen Berlin-Brandenburg, im Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflegerische Dienste (EVAP) sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten. Mehr Informationen unter www.krankenhaus-waldfriede.de

„Vom Sinn des Erinnerns“ Kirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zum Tod Richard von Weizsäckers

Lüneburg/APD Mit einem Kommentar haben die beiden Leiter der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, die Pastoren Johannes Naether und Rainer Wanitschek, den am 31. Januar verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker gewürdigt. Seine vielbeachtete Rede

zum 40. Jahrestag des Kriegsendes vom 8. Mai 1985 biete viele Aspekte, die für Siebenten-Tags-Adventisten nachdenkenswert seien.

„Richard von Weizsäcker hatte den Mut, der Wahrheit ins Auge zu schauen und das zu benennen, was die meisten Deutschen über den 8. Mai 1945 dachten und fühlten“, so Naether und Wanitschek in der Kirchenzeitschrift „Adventisten heute“ (Ausgabe März 2015). Seine Courage, gepaart mit Mitgefühl und engagierter Argumentation, verdiene Anerkennung und sei vorbildhaft.

Von Weizsäcker habe zur Recht darauf hingewiesen, dass es Versöhnung ohne Erinnerung nicht geben könne. Befreiung und Erinnerung seien eng miteinander verknüpft. Daher riefen beide Kirchenleiter dazu auf: „Erinnern wir uns also der guten Dinge in unserem Leben und bekennen wir das Böse vor Gott, denn dort gehört es hin.“ Weiter stellten Naether und Wanitschek die Frage, wo es in unserem Leben gelte, Erinnerung als eine echte Lebenshaltung zu praktizieren.

Richard von Weizsäcker habe persönlichen Glauben in einen politischen Kontext gesetzt und damit aktiv gestaltet und geprägt. Er habe geschichtliche Ereignisse und die Deutung des Selbstverständnisses einer ganzen Nation auf dem Hintergrund biblischer Aussagen reflektiert. Siebenten-Tags-Adventisten seien eingeladen, über diese Aspekte nach- und weiterzudenken.

Bundeswehr soll auf Rekrutierung Minderjähriger verzichten

Bonn/APD Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat die Bundeswehr aufgefordert, auf die Rekrutierung Minderjähriger zu verzichten. Es müsse Schluss damit sein, dass Jugendliche in Deutschland an der Waffe ausgebildet würden, unterstrich Dr. Christoph Münchow, der EAK-Bundesvorsitzende. Anlass für die Forderung der evangelischen Friedensorganisation ist der „Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten“, der „Red Hand Day“, an dem an das Schicksal von Kindern, die zum Kampf in Kriegen oder bewaffneten Konflikten angeworben oder gezwungen werden, erinnert wird. „Wenn wir von Kindersoldaten in anderen Ländern sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass sich selbst Deutschland noch immer nicht an die UN-Kinderrechtskonvention hält“, kritisierte Münchow.

Im vergangenen Jahr habe das Bundesverteidigungsministerium auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Deutschen Bundestag mitgeteilt, dass 2013 1.032 17-

Jährige für den Dienst in der Bundeswehr rekrutiert worden seien, 2012 wären es 1.216, 2011 insgesamt 833 Jugendliche gewesen. Auch würden bereits 16-jährige Mädchen und Jungen von der Bundeswehr angeschrieben, ebenso auch Bewerbungen von 16- und 17-Jährigen entgegengenommen. Das zeige, dass es sich hier nicht um Einzelfälle handle, sondern dass vor dem Gesetz Minderjährige offenbar gezielt von der Bundeswehr für den Militärdienst angesprochen würden, meinte der EAK-Bundesvorsitzende.

Nach Ansicht der EAK sei der freiwillige Wehrdienst mittlerweile ein wichtiges Rekrutierungsinstrument der Bundeswehr für Zeit- und Berufssoldaten. Das zeige sich auch an der wachsenden Präsenz der Bundeswehr auf Arbeitsmessen oder in Schulen sowie im Internet. Zudem würden offenbar viele junge Menschen sich für einen solchen Dienst entscheiden, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekämen oder auf einen Studienplatz warten müssten. „Unseres Erachtens ist der freiwillige Wehrdienst aber keine Möglichkeit zur Zeitüberbrückung. Wir sind vielmehr der Überzeugung, dass der Schritt in den Dienst bei der Bundeswehr nur sehr bewusst getan werden sollte und dabei auch die tatsächlichen Einsatzaufgaben im Blick sein müssten“, betonte Maria Schiffels, die EAK-Geschäftsführerin. Genauso wichtig sei aber auch der Hinweis auf die vielfältigen Inlands- und internationalen Jugendfreiwilligendienste, bei denen Jugendliche sich für einen zivilen Freiwilligendienst oder einen freiwilligen Friedensdienst entscheiden könnten.

Kirchenasyl in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz

WEA-Botschafter für Menschenrechte widerspricht Bundesinnenminister

Bonn und Ostfildern bei Stuttgart/APD Ist das Kirchenasyl ein Versuch der Kirchen, eine Art christliche „Scharia“ über das Grundgesetz zu stellen? Nein, behauptet der Botschafter für Menschenrechte der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), Professor Dr. Thomas Schirrmacher. Kirchenasyl sei erklärtermaßen kein Versuch, das Grundgesetz zu ersetzen, sondern geschehe unter ausdrücklicher Berufung und Bestätigung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Schirrmacher nahm damit Stellung zu einer Äußerung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Deutschlandfunk, der das Kirchenasyl als ein konkurrierendes Recht einer Religion nach Art der islamischen Scharia kritisierte und den Kirchen vorwarf, dieses Recht über das deutsche Gesetz zu stellen. Der

Minister, Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages, betonte, „die Verfassung gilt gegenüber jedermann, auch gegenüber der Kirche“.

Deutschland sei das einzige Land der Erde, das in seiner Verfassung ein Widerstandsrecht verankert habe, informierte Schirmmacher. In Artikel 20 (4) des Grundgesetzes heißt es: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Die Befürworter des Kirchenasyls wären der Überzeugung, dass in den konkreten Fällen das im Grundgesetz garantierte Asylrecht nicht umgesetzt werde, und versuchten, dieses Recht vorübergehend zu schützen, bis jeweils eine Lösung gefunden worden sei.

„Ich kann nicht beurteilen, inwieweit dies im Einzelfall tatsächlich so ist. Und man mag das im Einzelfall oder grundsätzlich anders sehen“, so der WEA-Botschafter für Menschenrechte. Auch müsse man damit leben, dass der Staat jederzeit sein Gewaltmonopol gegenüber den beteiligten Kirchengemeinden durchsetzen könne. Aber die Motivation derer in Frage zu stellen, die für konkrete Flüchtlinge Kirchenasyl organisierten, indem man sie mit Menschen vergleiche, die gegen Menschenrechte seien, unsere Werteordnung umstürzten oder alle Menschen zwingen wollten, nach ihren religiösen Vorstellungen zu leben, wäre völlig abwegig, kritisierte Schirmmacher. Das Kirchenasyl wende sich nicht gegen unsere demokratische Grundordnung, sondern lebe von ihr.

Laut der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ gebe es derzeit in Deutschland etwa 200 Kirchenasyle mit mindesten 359 Personen, davon seien 109 Kinder. Weitere Informationen unter www.kirchenasyl.de

Kirchenasyl in adventistischen Kirchengemeinden

Auch adventistische Kirchengemeinden hätten bereits Kirchenasyl gewährt, teilte der Pressesprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart), mit. Bereits am 20. März 1996 habe die kleine, nur 26 Mitglieder umfassende Adventgemeinde Wunsiedel in Oberfranken im Fichtelgebirge über fünf Monate lang einen Flüchtling aus dem westafrikanischen Land Togo aufgenommen. Unterstützt worden seien die Adventisten damals von der örtlichen evangelischen Kirchengemeinde. Am 3. September 1996 habe die Polizei den 28-Jährigen in den Räumen der Adventgemeinde verhaftet. Er sei zwei Tage später in seine Heimat abgeschoben worden. Der Fall habe seinerzeit bundesweit Aufsehen erregt, da zum ersten Mal in Deutschland ein Kirchenasyl durch die Polizei beendet worden wäre. Parteien, Kirchen und

Flüchtlingsorganisationen hätten Kritik an der Asylpolitik des damaligen bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU) geübt. Das Innenministerium hätte dagegen Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Asylbewerbers geäußert.

Laut Teubert habe im vergangenen Jahr die Adventgemeinde Hanau in Kooperation mit der Evangelischen Stadtkirchengemeinde Hanau, der Initiative „Lampedusa in Hanau“ und der diakonischen Flüchtlingshilfe etwa zwei Monate lang einen 24-jährigen Flüchtling aus Eritrea aufgenommen. Die zuständigen Behörden hätten das Kirchenasyl respektiert. Die Adventgemeinde Nürnberg-Mitte habe im Herbst 2014 einer 33-jährigen äthiopischen Christin zwei Monate lang und Ende des Jahres zwei Muslimen, 18 und 26 Jahre alt, etwa einen Monat lang in ihren Räumlichkeiten Kirchenasyl gewährt. Auch dies sei mit ausdrücklicher Duldung der Stadt Nürnberg erfolgt.

Hilfe für Nigerianerin bei langem Rechtsstreit

Zudem habe das Verwaltungsgericht Karlsruhe in seinem Urteil vom 21. Juni 2012 (VG Karlsruhe – A 9 K 3384/10) rechtskräftig entschieden, dass die Nigerianerin Oluchi James als anerkannter Flüchtling in Deutschland bleiben dürfe, so Pastor Teubert. Damit sei ein fast dreijähriger Rechtsstreit zu Ende gegangen. Die Adventistin aus Jos, der Hauptstadt des nigerianischen Bundesstaates Plateau in der östlichen Zentralregion des Landes, habe schwere Verletzungen durch einen Anschlag auf sie erlitten. Ein adventistischer Pastor hätte daraufhin die Ausreise organisiert. Das Verwaltungsgericht habe in seinem Urteil festgestellt, dass es „die muslimischen Täter offensichtlich auf die Klägerin wegen ihrer christlichen Religion abgesehen“ hätten. Die Verletzungen von Oluchi wären „mit zahlreichen Presseberichten von Nachrichtenagenturen ohne weiteres in Einklang zu bringen. Nachdem mehrere Kirchen und Moscheen in Brand gesetzt worden waren, wurden Menschen mit Macheten zerstückelt, zu Tode geprügelt oder an Straßensperren angezündet. Medienberichte sprachen von 400 Toten.“ Laut Teubert hätten auch ohne Kirchenasyl damals in Mannheim unter anderem die örtliche Adventgemeinde, Pro Familia, die Stadt Mannheim, die nigerianische evangelischen Gemeinde und das christlichen Hilfswerk „Open Doors“ der Nigerianerin geholfen, das lange und schwierige juristische Verfahren durchzustehen.

INTERNATIONAL

Philippinischer Theologe neuer Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz

Zürich/Schweiz/APD Der Internationale Rat der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) hat Bischof Efraim Tendero aus den Philippinen einstimmig zum neuen Generalsekretär gewählt, heißt es in einer Medienmitteilung der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA). Tendero wird Nachfolger des Kanadiers Geoff Tunnicliffe, der die WEA zehn Jahren lang leitete.

Der Theologe Efraim Tendero habe seit 20 Jahren den Vorsitz des nationalen Rats Evangelischer Kirchen auf den Philippinen inne. Zum Philippinischen Rat der Evangelischen Kirchen, der Evangelischen Allianz auf den Philippinen, gehörten 30.000 evangelische Kirchengemeinden. Zudem repräsentiere Tendero die nationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation der philippinischen Kirchen und engagiere sich in verschiedenen Evangelisationswerken, theologischen Ausbildungsstätten und christlichen Medien, so die SEA.

Wilf Gasser, Bern/Schweiz, seit 2012 stellvertretender Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, freue sich über die Wahl: „Sie ist Ausdruck der wachsenden Bedeutung des globalen Südens, denn die wachsenden Kirchen in diesem Teil der Welt sind in den globalen Leitungsstrukturen der WEA noch zu wenig repräsentiert.“ Laut Gasser vertrete Bischof Tendero eine Entwicklung hin zu einem ganzheitlichen Verständnis des Evangeliums. „Efraim engagierte sich für vertieftes geistliches Leben in den Kirchen ebenso selbstverständlich, wie für die Bewahrung der Schöpfung, Bekämpfung von Korruption oder die Ausbildung der Kirchen in Sachen Katastrophenhilfe. Er war maßgeblich am Friedensprozess mit den muslimischen Moro-Rebellen beteiligt“, so Gasser.

Tendero ist verheiratet und hat mit seiner Frau Sierry vier Kinder sowie zwei Enkel. Er tritt seine fünfjährige Amtszeit als WEA-Generalsekretär am 1. März 2015 an.

Zur Weltweiten Evangelischen Allianz gehören 129 nationale Evangelische Allianzen mit schätzungsweise 600 Millionen Christen und Christinnen.

Patriarchen halten am Termin für Panorthodoxes Konzil für 2016 fest

Schwierige Kirchenrechts-Situation der orthodoxen Kirche in Tschechien und der Slowakei bremst Vorbereitungen

Moskau, Istanbul, Brüssel/APD Sowohl der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., als auch der Patriarch von Moskau, Kyrill I., haben in letzter Zeit die Abhaltung des Panorthodoxen Konzils im Jahr 2016 bekräftigt. Bartholomaios I. erklärte laut CBS KULTUR INFO, Basel, und der Stiftung PRO ORIENTE, Wien, bei einer Pressekonferenz in Brüssel, das Konzil werde zu Pfingsten 2016 stattfinden. Als Tagungsort ist die historische Irenenkirche in Konstantinopel (Istanbul) vorgesehen. Es wäre nach orthodoxer Zählung das 8. Ökumenische Konzil.

Der Ökumenische Patriarch hatte sich vom 29. Januar bis 1. Februar in Belgien aufgehalten, wo er an der Katholischen Universität in Löwen das Hauptreferat bei einem internationalen Kongress über das christliche Konzept der Vollendung des Menschen („theosis“) hielt. Weitere Referenten waren unter anderem der frühere anglikanische Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, und der römisch-katholische Bischof von Antwerpen, Johan Bonny, ein früherer leitender Mitarbeiter des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen. Bartholomaios I. traf in Brüssel auch mit dem belgischen König, Philippe I., dem Außenminister von Belgien, Didier Reynders, sowie den katholischen Bischöfen des Landes zusammen.

Der russische Patriarch Kyrill I. referierte seinerseits am 2. Februar vor der russisch-orthodoxen Bischofskonferenz in Moskau über das bevorstehende Panorthodoxe Konzil. Er erinnerte daran, dass bei der panorthodoxen Synaxis (eine Versammlung zu liturgischen Zwecken) in Istanbul im März des Vorjahrs die Position des Moskauer Patriarchats zu prinzipiellen Fragen des Konzils von vielen anderen autokephalen orthodoxen Kirchen geteilt worden sei. Im Schlusssdokument sei daher auch das von Moskau vertretene Konsens-Prinzip bei der Entscheidungsfindung sowohl beim Konzil selbst als auch in der Vorbereitungsphase festgeschrieben worden. Das Bischofskonzil des Moskauer Patriarchats, welches zum Unterschied von der Bischofskonferenz entscheidungsbefugt ist, hatte sich 2013 ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass beim Panorthodoxen Konzil nur Entscheidungen im Konsens aller autokephalen Kirchen getroffen werden sollen, keine Mehrheitsentscheidungen.

Vor den russisch-orthodoxen Bischöfen bedauerte Patriarch Kyrill, dass die eigens eingerichtete interorthodoxe Zentralkommission zur Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils bisher nur einmal zusammengetroffen sein. Diese Sitzung fand vom 30. September bis 3. Oktober 2014 in Chambesy bei Genf/Schweiz statt. Eine weitere Sitzung solle noch in diesem Februar stattfinden. In diesem Zusammenhang äußerte der Moskauer Patriarch seine Sorge darüber, dass vom Ökumenischen Patriarchat keine Einladung an die orthodoxe Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei zur Teilnahme ergangen sei. Die Wahlvorgänge in der orthodoxen Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei werden von Konstantinopel derzeit nicht akzeptiert, auf Grund der Beschlüsse vom März des Vorjahrs ist aber die Beteiligung und Zustimmung aller autokephalen orthodoxen Kirchen bei der Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils zwingend vorgeschrieben. „Wenn man bedenkt, dass das bevorstehende Panorthodoxe Konzil der Welt die Einheit der Orthodoxie vor Augen führen soll, muss dieses Problem so bald wie möglich gelöst werden“, so Kyrill I.

Als thematische Schwerpunkte des Panorthodoxen Konzils werden unter anderem die Frage der Autokephalie (Selbständigkeit) der Kirchen in neu entstandenen Staaten (wie Mazedonien oder der Ukraine, aber etwa auch Abchasien), der Organisation der mittlerweile weltweiten orthodoxen Diaspora, die Beziehungen mit den anderen christlichen Kirchen, die ethischen und sozialen Fragen der Gegenwart, die Reform des liturgischen Kalenders genannt.

Sorge um die Christen im Nahen Osten

Sowohl Bartholomaios I. als auch Kyrill I. brachten im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils ihre tiefe Sorge über die Situation der Christen im Nahen Osten zum Ausdruck. Bartholomaios I. berichtete in Brüssel, dass er selbst mit zahllosen christlichen Flüchtlingen zusammengetroffen sei, um sie seines Gebets und seiner Unterstützung zu versichern. In den Gesprächen sei deutlich geworden, wie schwer es heute für Christen sei, in muslimisch dominierten Gesellschaften zu leben. Unter Hinweis auf den Konstantinopel-Besuch von Papst Franziskus aus Anlass des Andreas-Festes unterstrich Bartholomaios I. die Wichtigkeit des Einsatzes aller Christen für Frieden und Versöhnung im Nahen Osten und für einen „konstruktiven Dialog“ mit dem Islam.

Kyrill I. sagte vor den russisch-orthodoxen Bischöfen wörtlich: „Hunderttausende christliche Gläubige sind Geiseln der Situation im Nahen Osten oder wurden dazu gezwungen, die Region zu verlassen. Vor unseren Augen spielt sich eine Tragödie ab, ein Genozid an der christlichen Bevölkerung jener Länder, von denen aus

sich die 'Gute Nachricht des Evangeliums' in alle Welt verbreitet hat“. Die Extremisten versuchten, durch Gewaltanwendung und die Tötung von Christen wegen ihres Glaubens die Christenheit physisch auszulöschen. Bedauerlicherweise habe die Weltöffentlichkeit das Ausmaß dieses Unglücks bisher nicht erfasst.

Die russisch-orthodoxe Kirche sei sich ihrer Verantwortung für die Christen im Nahen Osten bewusst und versuche, „den leidenden Schwestern und Brüdern in vielfacher Weise zu helfen“, unterstrich der Moskauer Patriarch. Die orientalischen Christen würden heute die russisch-orthodoxe Kirche und die Russische Föderation als Verteidigerinnen ihrer Interessen sehen. Daher sei es Pflicht, alles zu tun, „um die christliche Präsenz im Nahen Osten zu sichern“.

Mobile Augenklinik mit Rotkreuz-Freiwilligen an adventistischer Universität in Thailand

Muak Lek/Thailand/APD Vom 2. bis 6. Februar behandelten und operierten Augenärzte bei rund 250 Eingriffen als Freiwillige des Thailändischen Roten Kreuzes ältere, mittellose Personen aus fünf Distrikten der Umgebung der adventistischen Asia-Pacific International University, wie Adventist News Network (ANN) berichtete. Die Universität in Muak Lek, Provinz Saraburi, 110 Kilometer nordöstlich von Bangkok, habe für die fünftägigen Aktion des Roten Kreuzes der Provinz, welche den Einsatz der mobilen Augenklinik finanzierte, einen Mehrzweckraum, die Mensa sowie den Parkplatz der adventistischen Kirche für Behandlung und Eingriffe zur Verfügung gestellt.

Bei den Patienten seien grauer und grüner Star (Katarakt und Glaukom), Flügelfell (Pterygium) und andere Beeinträchtigungen der Augen oder des Sehens diagnostiziert und meist mit Eingriffen von zehn Minuten bis zu einer Stunde behoben worden. Die Augenoperationen seien vor allem von Dr. Varangkna Tongkamsai, einem Augenarzt der nationalen „Relief and Community Health Protection Society“ durchgeführt worden, so ANN.

Die mobile Augenklinik von Prinzessin Sirindhorn wurde 1995 gegründet, um den 40. Geburtstag ihrer königlichen Hoheit Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn zu feiern. Das Projekt hat sich zu einer mobilen chirurgischen Einheit zur kostenlosen Augenbehandlung für Menschen mit grauem und grünem Star sowie weiteren Erkrankungen der Augen und Augenlider entwickelt. Bisher seien laut ANN durch das Projekt über 158.000 Menschen behandelt und rund 40.000 Patienten kostenlos operiert worden.

Nigeria: Auch Tausende Adventisten vor Boko Haram auf der Flucht

Silver Spring, Maryland/USA/APD An der vom 14. Februar auf Samstag, 28. März verschobenen Präsidentschaftswahl in Nigeria, sowie der am gleichen Tag stattfindenden Wahl in beide Kammern des nigerianischen Parlaments, würden die Mitglieder der protestantischen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, nicht teilnehmen, sagte Pastor Uzoma Nwosi, Kommunikationsdirektor der Kirchenleitung in Ostnigeria. Die adventistische Kirchenleitung des Landes habe die Regierung zuvor schriftlich gebeten, die Wahlen weder auf einen Freitag, Samstag oder Sonntag festzusetzen, damit Muslime und Christen unterschiedlicher Glaubensrichtungen an dem Tag, der ihnen heilig ist, ungehindert Gottesdienst feiern könnten, berichtete die amerikanische Kirchenzeitschrift „Adventist Review“.

Sechs Adventisten bei Angriffen von Boko Haram getötet

Auch die Bewohner in einem großen Landstrich im Nordosten Nigerias, den die islamistische Terrorgruppe Boko Haram beherrsche und in dem sie Tausende Menschen im sechsjährigen Versuch, einen islamischen Staat zu gründen, getötet habe, würden ebenfalls nicht an den Wahlen teilnehmen können, so „Adventist Review“. Als Begründung für die sechswöchige Wahlverschiebung sind die Angriffe der Terrormiliz im Gebiet von Maiduguri, Hauptstadt des Bundesstaates Borno, angegeben worden. Dabei seien auch sechs Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten von Querschlägern, nach Entführungen oder bei Razzien der Terroristen getötet worden, wie ein aus dem umkämpften Gebiet geflohener adventistischer Pastor bestätigte, dessen Identität aus Sicherheitsgründen nicht offengelegt werde, wie die Kirche mitteilte. „Das Leben ist sowohl für jene, die fliehen konnten als auch für jene, die gefangen wurden – meist ältere Menschen – nicht einfach“ sagte Uzoma Nwosi.

Erzwungene Übertritte zum Islam und Zwangsrekrutierung für Boko Haram

Einige Adventisten seien gegen ihren Willen zur Annahme des Islam gezwungen worden. Es wäre auch unklar, so der Kommunikationsverantwortliche, ob einige junge adventistische Männer, die von Boko Haram gefangen genommen wurden, zum Mitkämpfen gezwungen worden seien.

Zehntausende vor Boko Haram auf der Flucht – Prekäre Lage der Flüchtlinge

Für Nigeria mit einer Bevölkerung von 177 Millionen und für die rund 200.000 im Land lebenden Adventisten

stehe laut „Adventist Review“ bei den Wahlen viel auf dem Spiel. Viele der 35.000 Adventisten im Nordosten Nigerias seien vor der Islammiliz in andere Landesteile oder über die Grenze nach Kamerun geflohen, wo sie bei Mitgliedern ihrer Kirche Unterkunft und Verpflegung gesucht hätten. Die Lage in Kamerun sei aber sehr prekär, so ein Pastor, da es an allem fehle.

In Nigeria hätten adventistische Kirchenmitglieder vertriebene Glaubensgeschwister, Angehörige anderer christlicher Kirchen und Muslime aufgenommen und ihnen Nahrungsmittel, Kleidung, Unterkunft und Gemeinschaft geboten, berichtete Pastor Nwosi. In Bukuru/Nordnigeria sowie an zwei weiteren Orten seien Binnenflüchtlinge auch in Gebäuden der Kirchenverwaltung aufgenommen worden. „Andere leben unter schlechten Bedingungen in den Bergen und in Höhlen und können ihre Familien nicht erreichen, da es dort keinen Strom gibt, um die Akkus ihrer Handys wieder aufzuladen“, so Uzoma Nwosi.

Viele Vertriebene könnten auch dann nicht mehr nach Hause zurückkehren, wenn die Regierung die Kontrolle über das Gebiet zurückgewonnen habe, sagte Nwosi, da die meisten Häuser niedergebrannt worden seien. Deshalb müsse die adventistische Kirchenleitung Unterkünfte vermitteln, für den Schulbesuch vertriebener Kinder sorgen sowie Pflegeeltern für Waisenkinder suchen und Frauen helfen, eine Tätigkeit zu erlernen, damit sie für sich selbst sorgen könnten. Sie benötigten für die Flüchtlinge Matratzen, Bettzeug, Kleidung und Spielzeug, Handtücher, Seife, Reinigungsmittel, Insektizide, Eimer, Pflegeprodukte, Küchenutensilien, Öfen und Feuerholz.

16 adventistische Kirchengebäude aufgegeben

Die Adventisten im Nordosten Nigerias seien gezwungen worden 16 Kirchengebäude aufzugeben, die aber mit Ausnahme einer 2014 niedergebrannten Kirche in Magar, bei Maiduguri, nicht zerstört worden seien. Sie hätten auch alle sozialen Tätigkeiten oder Gottesdienste einstellen müssen. Bei der zerstörten Kirche in Magar sei die Urheberschaft nicht geklärt, denn es könne sich bei den Tätern auch um andere Christen handeln, die aus Frustration über die Zerstörung ihrer Kirchen das adventistische Gebäude in Brand gesteckt hätten, sagte Pastor Stephen H. Bindas, Präsident der Adventisten in Nordnigeria.

Ein einziger ordiniertes adventistischer Pastor sei noch im Gebiet das von der Islammiliz beherrscht werde, um in den fünf nordöstlichen Bundesstaaten Adamawa, Bauchi, Borno, Gombe und Taraba zu wirken.

Die Bahamas als Schwerpunktland des Weltgebetstags der Frauen

Stein bei Nürnberg/APD Die Bahamas, zwischen den USA, Kuba und Haiti gelegen, sind das Schwerpunktland des diesjährigen Weltgebetstags der Frauen, der am Freitag, dem 6. März, in Gottesdiensten gefeiert wird. Das vermeintliche Inselparadies hat mit Problemen zu kämpfen: extreme Abhängigkeit vom Ausland, Arbeitslosigkeit und hohe Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Sonnen- und Schattenseiten beleuchten die Christinnen der Bahamas in ihrer Gottesdienstliturgie zum Weltgebetstag 2015.

Das Schwerpunktland weist eine der höchsten Vergewaltigungsraten weltweit auf. Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder ist auf den Bahamas an der Tagesordnung. In kaum einem anderen Land der Welt haben Teenager so früh Sex; jede vierte Mutter ist jünger als 18 Jahre. Die christlichen Frauen der bahamaischen Weltgebetstags-Bewegung benennen all diese Schattenseiten ihrer Heimat. Ihr Gottesdienst „Begriffst ihr meine Liebe?“ soll zugleich Hoffnung auf Gerechtigkeit in Kirche und Gesellschaft machen und ermutigen zum Einsatz gegen geschlechterspezifische Gewalt.

Im Zentrum des Gottesdienstes zum Weltgebetstag 2015 steht die Bibelstelle aus dem Johannesevangelium (13,1-17), in der Jesus seinen Jüngern die Füße wäscht. Gerade in einem von Armut und Gewalt geprägten Alltag brauche es tatkräftige Nächstenliebe auf den Spuren Jesu Christi, so das Deutsche Komitee des Weltgebetstags. Ein wichtiges Zeichen dafür würden die Gottesdienstkollekten setzen, die Frauen und Mädchen weltweit unterstützen. Darunter sei auch eine Medienkampagne für Jugendliche des „Bahamas Crisis Centre“. Unter dem Titel „Let’s talk“ („Lasst uns reden!“) klärten sie auf und kämpfen gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und jungen Frauen.

Die Kollekten des Weltgebetstags 2014 hätten in der Bundesrepublik über 2,66 Millionen Euro betragen, teilte das Deutsche Weltgebetstags-Komitee mit. Dadurch sei es möglich gewesen, insgesamt 66 Projekte in aller Welt zu finanzieren, um die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rechte von Frauen und Mädchen stärken. Dabei arbeite das Deutsche Komitee mit Partnerorganisationen in Asien, Afrika, Lateinamerika, im Nahen Osten und in Ozeanien zusammen. In Europa würden vorwiegend Projekte von und für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen gefördert.

Der in über 170 Ländern stattfindende Weltgebetstag geht auf das Jahr 1887 in Nordamerika zurück und wird seit 1949 auch in Deutschland von evangelischen,

katholischen, orthodoxen und freikirchlichen Frauen begangen. Allein in der Bundesrepublik beteiligen sich jedes Jahr Hunderttausende Frauen, Männer und Kinder an den Gottesdiensten. Weitere Informationen unter www.weltgebetstag.de

ENTWICKLUNG

„Stille Katastrophen“

UNICEF Bericht „Zur Situation der Kinder in Krisengebieten 2015“ und Hilfsappell 2015

Zürich und Genf/Schweiz/APD Eine neue Generation humanitärer Krisen bedroht das Leben und die Entwicklung von Millionen Kindern, schreibt UNICEF, das Kinderhilfswerk der UNO, im Bericht „Zur Situation der Kinder in Krisengebieten 2015“. Für die dringendsten Nothilfe- und Wiederaufbauprogramme benötige das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen für 2015 rund 3,1 Milliarden US-Dollar (2,8 Milliarden Euro).

Der am 29. Januar veröffentlichte UNICEF-Bericht ruft zu Spenden für 62 Millionen Kinder in 71 Ländern und Regionen auf, die von Bürgerkriegen, Naturkatastrophen und anderen Notsituationen betroffen seien. Es wäre der bisher größte Hilfsappell in der Geschichte von UNICEF. Laut dem Kinderhilfswerk wächst weltweit jedes zehnte Kind – insgesamt 230 Millionen Kinder – im Umfeld eines bewaffneten Konflikts auf. Der größte finanzielle Bedarf für humanitäre Hilfe besteht demnach in Syrien sowie in den umliegenden Regionen, in den von Ebola betroffenen Ländern Sierra Leone, Liberia und Guinea, sowie in Nigeria und der Ukraine.

„Todbringende Naturkatastrophen, brutale Konflikte und grassierende Epidemien: In zahlreichen Teilen der Welt werden Kinder Opfer einer neuen Generation von humanitären Konflikten“, sagte Afshan Khan, Direktorin der UNICEF-Nothilfeprogramme. „Soziale Brüche, Klimawandel und Krankheiten verursachen Notsituationen, von denen Kinder in zuvor unbekanntem Ausmaß betroffen sind. Nicht alle kommen in die Schlagzeilen, viele bleiben verborgen.“

Spendenaufwurf auch für Krisen im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung

Der Spendenaufwurf betreffe zahlreiche sogenannte „stille Katastrophen“, Länder und Gebiete abseits der medialen Aufmerksamkeit und der öffentlichen Wahrnehmung. Nothilfeprogramme seien dort oft stark unterfinanziert, so beispielsweise in Dauerkrisenländern wie Afghanistan

und Niger, wo erst 35 Prozent der Projektkosten finanziert wären oder Palästina, wo noch 77 Prozent der Finanzierung fehle. Ganze Generationen von Kindern würden in diesen Gebieten in einem permanenten Krisenzustand aufwachsen, so UNICEF. Ihre Kindheit und Jugend werde von Konflikten, politischer Instabilität, Naturkatastrophen und extremer Armut bestimmt – mit verheerenden Folgen für die Heranwachsenden und die soziale Stabilität in ihrer Heimat.

„Dieser Spendenaufruf kommt den am meisten verletzten Kindern zugute, egal wo sie leben“, betonte Afshan Khan. „Der Geburtsort eines Kindes darf nicht über das Schicksal des Kindes entscheiden. Wir müssen akut notleidenden Kindern möglichst rasch die lebenswichtige Unterstützung bereitstellen, die es ihnen erlaubt, zu überleben und eine Zukunft zu gestalten.“

Nahrung, Wasser, Medikamente, Bildung und Schutz UNICEF leistet nach eigenen Angaben jährlich in Hunderten von Noteinsätzen Hilfe, um gemeinsam mit Regierungen und Partnerorganisationen Kindern Überlebenshilfe, Schutz und Grundversorgung zu gewähren. Im Jahr 2014 sei laut UNICEF folgendes erreicht worden:

- 16 Millionen Kinder wurden gegen Masern geimpft.
- 13 Millionen Kinder erhielten Zugang zu sauberem Wasser.
- 1,8 Millionen Kinder wurden gegen Unterernährung behandelt.
- 2 Millionen Kinder erhielten Zugang zu Bildung.
- 2 Millionen Kinder erhielt psychosoziale Betreuung.

Statt Wasser holen Lesen, Schreiben und Rechnen lernen

Weiterstadt bei Darmstadt/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA baut in der äthiopischen Gurage Zone, rund 250 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Addis Abeba, ein Wasserversorgungssystem für zwölf umliegende Dörfer. Neben der Bereitstellung von frischem Trinkwasser, sollen auch Gemüse- und Obstgärten bewässert werden, um die Ernährung der ländlichen Bevölkerung zu verbessern und ihnen ein zusätzliches Einkommen zu ermöglichen.

Laut ADRA Deutschland-Mitarbeiter Axel Schröder ver helfe das Projekt zudem Kindern nicht nur zu einem besseren und gesünderen Leben, sondern endlich auch die Schule zu besuchen. Statt in der Schule zu sein, gehörte es bisher zu Kibatus Aufgaben, jeden Tag für

seine Familie einen Zehn-Liter-Kanister mit Wasser zu füllen. Die völlig verdreckte Quelle, die er dafür aufsuchte, liegt rund eine Stunde Fußweg von seinem Zuhause entfernt. Dank ADRA muss Kibatu nun kein Wasser mehr holen und kann die gewonnene Zeit nutzen, um Schreiben, Lesen und Rechnen zu lernen.

ADRA Schweiz versorgt Flüchtlinge aus Mali in der Republik Niger

Zürich/Schweiz/APD In einem sechs Monate dauernden Projekt wird die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Schweiz gemeinsam mit der Partnerorganisation ADRA Niger im Flüchtlingslager Tabarebyrey an der Grenze zu Mali 200 Flüchtlingsfamilien aus Mali und Gastfamilien in der nahegelegenen Landgemeinde Ayérou/Niger mit Nahrungsmitteln, Wasser und Hygieneartikeln versorgen. Das teilte das Hilfswerk mit.

Die Situationsanalyse im Camp und der angrenzenden Landgemeinde Ayérou in der Sahel-Zone, 120 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Niamey, habe ergeben, dass sich die Flüchtlingsfamilien nur eine Mahlzeit pro Tag leisten könnten und die Hygieneartikel verbraucht seien, so ADRA Schweiz. Die Wasserqualität im Lager sei besser als in Ayérou, wo Cholera ein Thema wäre.

Deshalb verteilte ADRA Niger bis Ende Mai an 200 Familien im Lager und im Dorf Nahrungsmittelpakete mit Reis, Bohnen, Öl, Salz und Dosentomaten sowie Hygieneartikel und sanierte einen Brunnen, um Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Mittels Hygieneunterricht sollen Krankheiten vermieden werden. Damit die Bedürftigsten in der Region von Tillabéri vom Projekt profitierten, seien sie in Zusammenarbeit mit dem UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und Stammesältesten ausgewählt worden. Die Projektkosten belaufen sich laut ADRA Schweiz auf 60.000 Franken/Euro.

Lebensmittel für Flüchtlingsfrauen mit Kindern in Nigeria

Wien/Österreich/APD Durch den Terror der islamistischen Boko-Haram-Kämpfer seien in Nigeria über eine Million Menschen aus Angst vor Gewalt auf der Flucht, berichtete Corinna Wagner von der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich. Viele Frauen wüssten nicht, wo sich ihre Männer befinden und ob sie noch am Leben sind. Geflüchtet mit dem, was sie tragen konnten, seien sie von Nahrungsmittelspenden abhängig.

ADRA habe 300 solcher zerrissenen Familien ausgewählt, um sie mit einer Monatsration Essen zu versorgen. Das seien 15 Kilogramm Reis, 20 Kilogramm Bohnen, zehn Kilogramm mit Vitaminen angereichertes Mehl, 15 Kilogramm Mais, fünf Liter Öl und ein Kilogramm Salz, so Corinna Wagner.

ADRA Nigeria werde dabei von 2.000 Jugendlichen unterstützt, die über die örtlichen Pfadfinder zu Katastrophenhelfern ausgebildet worden seien. Sie würden bei der Verteilung der Nahrungsmittel helfen. Die Lebensmittelpakete würden in zwei Etappen ausgegeben, da die Frauen einen so großen und schweren Vorrat nicht allein tragen oder sinnvoll lagern könnten.

Eingekauft würden die Lebensmittel auf lokalen Märkten durch Helferinnen der „Dorkas Bewegung“, Frauen lokaler adventistischer Kirchengemeinden, die sich für Menschen in Not in ihrem Umfeld einsetzten. Dieses örtliche Netzwerk helfe auch ADRA Österreich in einem schwierigen Umfeld mit guter lokaler Vernetzung schnell zu helfen und neben der materiellen Hilfe auch menschlich für einander da zu sein, teilte Corinna Wagner mit.

ADRA leistet im Jemen medizinische Grundversorgung für Flüchtlinge

Weiterstadt bei Darmstadt/APD Im Jemen herrschen in weiten Teilen des Landes bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA Deutschland) unterstützt dort Flüchtlinge, besonders Frauen und Kinder, durch medizinische Grundversorgung.

Die Gesundheitsversorgung im Jemen sei fatal, berichtete ADRA-Mitarbeiterin Mirjam Greilich. Viele Familien würden aufgrund der Kämpfe aus ihren Heimatgebieten fliehen und in Flüchtlingslagern Zuflucht suchen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung sei dort aber so schlecht, dass bereits einfache Krankheiten schnell zum Tod führen könnten.

Durch eine ambulante Klinik in einem Flüchtlingscamp in der Nähe von Haradh, das seit 2011 betrieben werde, sollen bis Herbst 2016 50.000 Kinder, Frauen und Männer eine medizinische Untersuchung und Grundversorgung erhalten. ADRA unterstütze besonders Kinder unter fünf Jahren, Schwangere und stillende Mütter durch ambulante Versorgung, Schutzimpfungen, Aufbaumahrung und Schulungen über eine ausgewogene Ernährung, teilte Greilich mit.

Langfristig wolle ADRA die ambulante Klinik zu einem öffentlichen Gesundheitszentrum erweitern, um noch mehr Patienten zu erreichen. Eine mobile Klinik könne zusätzlich die Menschen erreichen, die selbst nicht das Gesundheitszentrum aufsuchen könnten. Die medizinische Grundversorgung im Jemen wird vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland finanziell gefördert.

KULTUR

Darf man Religionen bewerten? Jahresempfang der EZW in Berlin

Berlin/APD Darf man Religionen bewerten? Dieser Frage stellte sich die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) bei ihrem Jahresempfang am 12. Februar in Berlin. Daran nahmen neben Vertretern der beiden großen Kirchen auch Mitglieder von Freikirchen, Sondergemeinschaften und nichtchristlichen Traditionen teil. Die EZW ist nach ihrem Selbstverständnis die zentrale Beratungsstelle der Evangelischen Kirche für religiöse und weltanschauliche Strömungen der Gegenwart.

„Die weltanschauliche Situation erfordert heute einen Dialog, der alle Menschen einbezieht“, stellte Dr. Reinhard Hempelmann, Leiter der EZW, fest. Lernbereite Kontaktaufnahme sei zwar kein Allheilmittel, aber alternativlos, betonte er. Nach eigenen Angaben wollte die EZW ihren zweiten Jahresempfang (der erste fand 2014 statt) durchaus selbstkritisch gestalten. Dazu waren zur Diskussion neben Professor Dr. Ulrich Körtner, Vorsitzender des Kuratoriums der EZW, auch Dr. Susanne Matsudo-Kiliani, Beauftragte der Deutschen Buddhistischen Union für den interreligiösen Dialog, und Dr. Ralf Grünke, stellvertretender Pressesprecher der Europa-Zentrale der Mormonen, eingeladen.

Die Frage, ob man Religionen bewerten dürfe, wurde von allen Diskussionsteilnehmern grundsätzlich zustimmend beantwortet. Allerdings mit Einschränkungen: „Wenn man schon über andere urteilt, dann doch mit Vorsicht, wenn nicht mit Wertschätzung“, mahnte Grünke an. Matsudo-Kiliani betonte die Schwierigkeit einer Bewertung des Anderen vom eigenen System aus. Zur religiösen Beurteilung gehöre auf jeden Fall interkulturelle Kompetenz. „Wir kommen nicht umhin, Religion zu bewerten“, stellte auch Körtner fest. „Die Frage ist nur, wie?“. Es gebe in den Religionen selbst Momente der Religionskritik. Die Kritik sei auch eine Bemühung um die Religionslogik einer anderen Religion.

Für angebracht hielt Matsudo-Kiliani Kritik bei unheilsamen Strukturen innerhalb von Religionen. Allerdings solle eine kritische Beurteilung nach Grünke nicht ständig das „Schräge“ und „Sonderbare“ einer anderen Konfession herausstellen. Der „Sektenbegriff“ sei längst problematisiert worden, wandte Körtner ein. „Es gibt eine Lerngeschichte innerhalb der Mehrheitskirchen in unserem Land. Aber sie ist noch nicht am Ende angekommen.“

Hochschul-Computer für Grundschule Grabow

Friedensau bei Magdeburg/APD Die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg hat der Grundschule Grabow, ein Ortsteil der Stadt Möckern im Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt, 13 gebrauchte Computer gespendet. Sie ersetzen die 16 Jahre alten Rechner des PC-Kabinetts der Grundschule.

„Die vorhandene Hardware war nicht mehr in der Lage, die mit dem Lernmaterial der Schulbuchverlage ausgelieferte Software auszuführen“, berichtete Petra Wolter, die zuständige pädagogische Mitarbeiterin an der Grundschule. Nur noch CDs hätten damit abgespielt werden können. Als die Leitung der im Schuleinzugsbereich liegenden Hochschule davon erfuhr, war sie sofort bereit auszuhelfen. In der Hochschulbibliothek waren die Computer für die Bibliotheksnutzer durch „virtuelle Arbeitsplätze“ ersetzt worden, sodass die Hardware zur Verfügung stand. Schulleiterin Annett Müller freut sich, dass ihre Schüler zum neuen Schulhalbjahr mit den mit Windows Vista und dem Office-Paket ausgestatteten Rechnern arbeiten können. Christoph Wendler, Administrator im Hochschulrechenzentrum, und Tobias Koch, Kanzler der Theologischen Hochschule, halfen die Computer aufzustellen und anzuschließen. Nach den Winterferien sollen auch noch ein Drucker und ein Farbkopierer von Friedensau nach Grabow wechseln.

In der Grundschule Grabow lernen zurzeit 88 Kinder aus 16 umliegenden Ortschaften. An der 1899 gegründeten und seit 1990 staatlich anerkannten Theologischen Hochschule Friedensau sind 195 Studierende eingeschrieben. Sie bietet drei Bachelor- und sechs Master-Studiengänge in den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie an.

Neviantd-Preis für Altpräses Peter Strauch

Witten/APD Peter Strauch erhält den Neviandt-Preis 2015, der gemeinsam vom SCM Bundes-Verlag und Bund Freier evangelischer Gemeinden verliehen wird. Der frühere Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (BFEG) wird für seine Verdienste um die jüngste FeG-Geschichte geehrt, die er sich besonders durch seine Bücher und Lieder erworben hat. Der 72-jährige Altpräses Peter Strauch (Wetter/Ruhr) prägte rund 45 Jahre lang die FeG-Bundes-Geschichte: von 1973 bis 1983 als Leiter der Bundesjugendarbeit, von 1983 bis 1991 als Bundespfleger in den Gemeinden und von 1991 bis 2008 als Präses. Darüber hinaus war er als Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz (2000 bis 2006) und in einer Reihe anderer Leitungsgremien tätig.

Peter Strauchs Lieder gehören zum festen Bestandteil freikirchlicher Gesangbücher, so auch im Liederbuch „Leben aus der Quelle“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie finden sich ebenfalls in evangelischen und katholischen Liederbüchern. Zu seinen bekanntesten Kompositionen gehören: „Meine Zeit steht in deinen Händen“, „Herr, wir bitten: Komm und segne uns“, „Jesus, wir sehen auf dich“ und „Kommt, atmet auf, ihr sollt leben“.

Der Preis ist nach dem Freien evangelischen Theologen Friedrich Heinrich Neviandt (1827–1901) benannt, dem Prediger der ersten Gemeinde der Freikirche in Elberfeld-Barmen und maßgeblichen Mitbegründer des BFEG. Mit seinem Buch über das Leben des Gründervaters Freier evangelischer Gemeinden, Hermann Heinrich Grafe (1818–1869), hatte Neviandt die Grundlage zur FeG-Geschichtsschreibung gelegt. Der Historiker-Preis soll Personen auszeichnen, die sich um die FeG-Geschichte verdient gemacht haben.

Die Auszeichnung wird am 18. April im Kronberg-Forum in Dietzhöhlzal-Ewersbach im hessischen Lahn-Dill-Kreis beim diesjährigen „Tag der FeG-Geschichte“ an Peter Strauch verliehen. Die Tagung ist dem freikirchlichen Liedgut gewidmet und steht unter dem Leitthema „Singt ein Lied von Gott“. Günter Balders, ehemaliger Dozent für Kirchengeschichte am Theologischen Seminar Elstal, hält ein Referat zu „Feiern und Loben – Das Liedgut der Freikirchen zwischen Innovation und Rezeption“. Dr. Guido Baltes, Dozent am Marburger Bibelseminar im Marburger Bildungs- und Studienzentrum und der Evangelischen Hochschule Tabor, spricht über „Lobpreis und Anbetung in Gemeinde und Alltag: Darum bete ich dich an“. Die Referenten, einschließlich Preisträger Peter Strauch, diskutieren im Anschluss über die Frage: „Singt ein Lied von Gott – aber wie? Von Liebe den Herren bis

Für den König“. Das vierstündige Programm beginnt um 13 Uhr. Der Eintritt ist frei.

MEDIEN

17 europäische Reformationsstädte gemeinsam online

Wien/Österreich/APD Das Projekt „Reformationsstädte Europas“ der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) geht mit einem eigenen Webauftritt online. Unter www.reformation-cities.eu stehen ab sofort grundlegende und aktuelle Informationen zu den 17 Städten aus sieben europäischen Ländern zur Verfügung, die inzwischen mit dem Titel „Reformationsstadt Europas“ ausgezeichnet wurden. Teilnahmebewerbungen von Städten seien weiterhin möglich, heißt es in der GEKE-Medienmitteilung.

Eine interaktive Landkarte der Reformationsstädte erlaubt den direkten Zugang zu den einzelnen Städten. „Eine Kurzinformation, was die jeweilige Stadt zur Reformationsstadt macht, soll das Interesse wecken“, erklärte der Generalsekretär der GEKE, Bischof Dr. Michael Bünker (Wien). „Gezielt abrufbar sein werden außerdem konkrete Angebote im Hinblick auf das 500-jährige Jubiläum der Reformation“. Die Seite ist dreisprachig (deutsch/englisch/französisch) aufgebaut und bietet über eine Kalenderfunktion die geplanten Aktivitäten der Städte nach den Kategorien Tourismus, Kunst/Kultur, Wissenschaft, Gottesdienste, Feste und Kinder/Jugend/Sport an. Informationen zum Gesamtprojekt „Reformationsstädte Europas“ runden das Angebot ab.

„Mehr als 30 weitere Städte haben ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet“, führte Bünker weiter aus. Die für das Reformationsjubiläum angedachten Aktivitäten der Städte ließen eine große Bandbreite erwarten. Ab dem zweiten Halbjahr 2015 sei mit einer Fülle von Veranstaltungsankündigungen zu rechnen, so Bünker.

17 Städte, die bisher mit dem Titel „Reformationsstadt Europas“ ausgezeichnet wurden:

Deutschland: Coburg, Emden, Speyer, Torgau, Wittenberg, Worms, Wuppertal; Finnland: Turku; Frankreich: Straßburg; Österreich: Villach; Polen: Breslau, Cieszyn; Schweiz: Basel, Genf, St. Gallen, Zürich; Ungarn: Sárovar.

Eltern regeln Internetnutzung ihrer Kinder, vernachlässigen aber das Handy

Stuttgart/APD In Familien mit Kindern zwischen sechs und 13 Jahren gibt es unterschiedliche Regeln zum Medienumgang: So haben 80 Prozent der Eltern, deren Kinder das Internet nutzen, mit ihnen Absprachen dazu getroffen, welche Angebote und Seiten sie im Internet besuchen dürfen. Auch dazu, welche Computer- oder Konsolenspiele gespielt und welche Fernsehsendungen gesehen werden dürfen, gibt es in vergleichbar vielen Familien, in denen die Kinder die entsprechenden Medien nutzen, Regeln.

Zum Thema Handy und Smartphone wurden anteilig am wenigsten Regeln aufgestellt: So haben zwar drei von fünf Haupterziehern, deren Kinder ein Handy oder Smartphone nutzen, reglementiert, welche Dinge das Kind mit dem Mobiltelefon machen darf. Wie lange sich der Sprössling jedoch täglich mit dem Gerät beschäftigen darf, dazu hat nicht einmal die Hälfte Absprachen getroffen. Die Eltern sind hier offenbar in der Zwickmühle: Obwohl sie beklagen, dass ihre Kinder zu viel Zeit mit dem Handy verbringen, bewerten sie es doch positiv, dass sie den Nachwuchs ständig erreichen können.

Das sind erste Ergebnisse der aktuellen KIM-Studie 2014 (Kinder + Medien, Computer + Internet) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (mpfs).

Die Studienreihe KIM wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs) seit 1999 durchführt. Sie bildet das Medienverhalten der Sechs- bis 13-Jährigen in Deutschland ab. Für die KIM-Studie 2014 wurden rund 1.200 Kinder und deren Haupterzieher im Frühsommer 2014 zu ihrem Mediennutzungsverhalten befragt.

Neues Online-Lexikon für Religionspädagogik

Stuttgart/APD Das „Wissenschaftlich-Religionspädagogische Lexikon im Internet“ (WiReLex) ist unter der Webadresse www.wirelex.de online. Damit sind fast 100 Fachartikel kostenlos zugänglich. Weitere jeweils 100 Artikel sollen jährlich folgen. Konzipiert und betreut wird das Lexikon durch zehn Herausgeber-Teams unterstützt durch die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG) und das Comenius-Institut in Münster. Die Artikel verfassten mehr als 60 Autorinnen und Autoren. Hauptherausgeberinnen sind die Professorinnen für

Religionspädagogik, Dr. Mirjam Zimmermann (Universität Siegen) und Dr. Heike Lindner (Universität Köln).

Das Lexikon wendet sich an alle, die mit religiöser Bildung und Erziehung zu tun haben, wie Religionslehrer, Gemeindepädagogen, Geistliche sowie deren Dozenten, und an Theologiestudierende. Der Publizierung im Internet gingen zwei Jahre Vorbereitung voraus.

„WiReLex ist eine optimale Ergänzung der bisherigen Angebote unseres wissenschaftlichen Bibelportals“, sagte DBG-Generalsekretär Dr. Christoph Rösel. „Wir sind sicher, dass es intensiv genutzt werden wird.“ Unter www.bibelwissenschaft.de waren bisher schon die Bibeltexte in den Ursprachen, eine Bibelkunde, der Online-Bibelkommentar und das Wissenschaftliche Bibellexikon im Internet verfügbar.

Am Anfang von WiReLex stand die Idee der Hauptausgeberinnen, im Internet ein Fachlexikon aufzubauen, das sich flexibel erweitern und fortlaufend aktualisieren lässt. Das geschehe nun in Anknüpfung und Weiterführung des Lexikons der Religionspädagogik (LexRP).

Um eine umfassende religionspädagogische und religionsdidaktische Enzyklopädie anzulegen, würden nicht nur spezifisch religionspädagogische Schlagworte aufgenommen, sondern auch solche, die zu theologischen, soziologischen, psychologischen, religionswissenschaftlichen und auch anderen Bereichen gehörten. Das Besondere der Darstellung im WiReLex solle aber sein, dass die Themen aus der Sicht der Pädagogik und Didaktik religiöser Lern- und Bildungsprozesse und nicht ausschließlich fachwissenschaftlich präsentiert würden.

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein

Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Jens-Oliver Mohr (stellvertretend), Claudia Mohr

Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen

Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg

Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto)

Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)

Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland
20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)

„adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: www.apd.info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 18 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.000 Mitglieder in 560 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.
